

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

20. Juli 2017

zum Thema

**Vor der Entscheidung der EU über den Einsatz des
Risiko-Spritzmittels Glyphosat:
Was fordern laut Umfrage die Oberösterreicher/innen?
Vorschläge des Umweltressorts &
Exkurs: wie geht es weiter beim Bienenschutz?**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

**Vor der Entscheidung der EU über den Einsatz des Risiko-
Spritzmittels Glyphosat:
Was fordern laut Umfrage die Oberösterreicher/innen?
Vorschläge des Umweltressorts &
Exkurs: wie geht es weiter beim Bienenschutz?**

Die nächsten Wochen werden die Entscheidung über ein europaweites Verbot oder aber eine weitere Zulassung von Glyphosat für weitere zehn Jahre bringen. Umwelt-Landesrat Rudi Anschober fordert von Umweltminister Rupprechter eine klare Entscheidung für ein Verbot und die Gründung einer Allianz der Glyphosat-Kritiker/innen, damit es keine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten für eine weitere Zulassung gibt. Die große Mehrheit der Oberösterreicher/innen hat LR Anschober bei der Forderung nach einem Verbot des Pflanzenschutzmittels Glyphosat hinter sich: 84 Prozent der Oberösterreicher/innen würden ein Verbot "sehr" oder "ziemlich" unterstützen, zeigt eine SORA-Umfrage im Auftrag des öö. Umweltressorts. Jetzt darf der Umweltminister das Stimmverhalten Österreichs nicht bis nach den Nationalratswahlen geheimhalten, sondern muss sich klar und transparent für ein Verbot positionieren. Aber auch für den Bienenschutz fordert Anschober von der Bundesregierung viel mehr Aktivitäten.

Das Sozialforschungsinstitut SORA hat 702 Oberösterreicher/innen im Auftrag des öö. Umweltressorts im Juni 2017 repräsentativ befragt, ob sie ein Verbot von Glyphosat befürworten. Das Ergebnis ist eindeutig: 61% befürworten ein Verbot "sehr", weitere 23 % "ziemlich", lediglich 8% wenig und 3% "gar nicht". Auffallend ist, dass sich diese Werte ziemlich gleichmäßig durch alle Regionen, durch Stadt und Land, durch alle Bildungsschichten und Altersschichten zieht - lediglich bei den Geschlechtern ist erkennbar, dass Frauen sogar noch stärker ein Verbot befürworten (65% sehr), am stärksten Frauen ab 45 (73% sehr).

LR Anschober: *„Nachdem sich am Dienstag Gesundheitsministerin Rendi-Wagner für ein Verbot ausgesprochen hat, ist es nun am entscheidenden Umweltminister, eine klare Aussage über das österreichische Stimmverhalten für ein Verbot zu treffen!“*

Das ist deshalb so wichtig, weil am Montag die EU-Kommission angekündigt hatte, dass es eine weitere Zulassung (Genehmigung läuft mit Jahresende aus) nur mit qualifizierter Mehrheit der Mitgliedstaaten geben werde – d.h. 55% der Mitgliedstaaten im Rat, die aber zumindest 65% der EU-Bevölkerung repräsentieren, müssten für den Vorschlag stimmen. Diese Abstimmung wird für Herbst, vermutlich nach den Wahlen in Deutschland und Österreich, erwartet.

LR Anschober: *„Umso wichtiger wird sein, dass das Abstimmungsverhalten von Deutschland und Österreich bereits vor den jeweiligen Wahlen offengelegt wird und kein Schnellschuss im Vakuum nach der Wahl und vor einer neuen Regierungsbildung passiert.“*

Die letzte Abstimmung vor knapp zwei Jahren war mit 20 Stimmen für eine Verlängerung der Zulassung, aber mit 7 Enthaltungen (darunter Deutschland und Österreich) sowie einer Nein-Stimme ausgegangen – aufgrund des Kriteriums der Bevölkerungszahl keine qualifizierte Mehrheit zur Verlängerung von Glyphosat. Als Kompromiss wurde damals eine befristete Zulassungsverlängerung bis Ende 2017 festgelegt.

In der Zwischenzeit sind etliche neue Bewertungen von Glyphosat erfolgt. Mit völlig unterschiedlichen Ergebnissen:

- der US-Bundesstaat Kalifornien hat im Juni 2017 Glyphosat offiziell auf die Krebs-Warnliste gesetzt,
- die internationale Krebsforschungsagentur der WHO, IARC, hatte bereits 2015 Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend beim Menschen" eingestuft,

- das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR - für die Bewertung von Glyphosat in der EU zuständig), die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die Europäische Chemikalienagentur ECHA kamen hingegen zum Ergebnis, dass Glyphosat nicht krebserregend beim Menschen sei. Das BfR erstellte für die EFSA und für die ECHA jeweils den Bewertungsbericht.
- In einer Studie im Auftrag der Umweltorganisation Global2000 wirft der Toxikologe Dr. Peter Clausing den Behörden massive Fehler vor: eindeutige Belege für eine krebserregende Wirkung bei Tieren würden missachtet und Richtlinien und Empfehlungen von der OECD und der ECHA selbst seien grob verletzt worden
- mehrere Europaparlamentarier/innen haben beim EuGH dagegen geklagt, dass nicht die gesamten Gutachten offengelegt wurden.

Bereits 1,3 Millionen Menschen haben europaweit für ein Verbot von Glyphosat die Europäische Bürgerinitiative unterstützt

Infos online unter: <https://stopglyphosate.org/de/>

Auch die Landesumweltreferent/innen haben am 23. Juni in OÖ einstimmig für ein Verbot von Glyphosat gestimmt:

Bundesminister Rupprechter möge sich klar gegen die Verwendung von Pestiziden und Herbiziden auszusprechen, welche im Verdacht stehen, negative Auswirkungen auf Mensch und Natur zu haben über die Anwendungsgebiete hinausgehend. Aus diesem Grund möge sich Herr Bundesminister gegen eine Verlängerung der Zulassung von Glyphosat auf europäischer Ebene einsetzen und ein Verbot dessen in Österreich erlassen.

Gesundheit und Vorsorgegedanke gegen Glyphosat-Verlängerung

Angesichts des Streits der Wissenschaft ist für Umwelt-Landesrat Anschober klar: *„Bei der Gesundheit müssen wir auf der sicheren Seite stehen, bei der Gesundheit darf es keine wesentlichen Verdachtsmomente, Widersprüche und Unsicherheiten geben. Umweltminister Rupprechter muss endlich aktiv für ein Verbot kämpfen und europaweit die Initiative ergreifen für eine Allianz der Glyphosat-Kritiker/innen unter den EU-Mitgliedstaaten - damit es im Herbst eine qualifizierte Mehrheit gegen eine weitere Zulassung gibt.“*

Exkurs: Wie geht es weiter beim Bienenschutz?

Glyphosat darf nicht mit den direkten Bienengiften verwechselt werden. Aber der Einsatz von Glyphosat begünstigt das Ausräumen von Landschaft und das Verringern von Nahrungsquellen für Insekten und Bienen, einer der wesentlichen Ursachen für die Gefährdung von Bienen und Insekten.

Es braucht endlich ein umfassendes österreichisches Bienenschutzprogramm

Auch bei den bienengefährdenden Pestiziden sowie beim Bienenschutz fordert Anschober vom Umweltminister mehr Aktivität und Konsequenz. Wie von den Umweltreferent/innen der Bundesländer im Juni in Gmunden einstimmig beschlossen, muss sich der Umweltminister rasch sowohl in Österreich als auch in der EU für ein Verbot von bienengefährdenden Pestiziden einsetzen.

Bei der LURK am 23. Juni in Gmunden hat LR Anschober daher folgende

Initiativen für einen bundesweiten Boden- und Bienenschutz durchgebracht:

Die Landesumweltreferent/innenkonferenz ersucht Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft,

- *sich für ein Verbot von Bienen gefährdenden Pestiziden auf europäischer Ebene einzusetzen und deren Verwendung in Österreich zu untersagen.*
- *sich für eine deutliche Erhöhung des biologischen Landbaus in Österreich und der Europäischen Union einzusetzen und gemeinsam mit den Bundesländern einen Masterplan hierzu zum Schutz des Lebensraumes Boden zu erarbeiten.*

Bienenschutz bedeutet aber auch die Nahrungsquellen der Bienen zu unterstützen und zu erhalten. Also Blumenwiesen, kleine Blütenbereiche zwischen Feldern und Wegen, in Hausgärten und im Gemeindegebiet und auf Böden im Besitz des Landes und des Bundes.

LR Anschober: „Hier braucht es einen Masterplan Bienenschutz von Bund und Land. Lange genug wurde geredet, jetzt muss in diesem Sommer endlich gehandelt werden. Schmetterlinge, Insekten, Bienen & Freunde brauchen wieder Lebensräume, die vom Menschen geschützt werden, denn sie leisten unermesslich viel für die Menschen. So gilt die Biene als drittichtigstes Nutztier, 35 % der weltweiten Nahrungsproduktion hängt von Bienen ab.“

Laut Erhebungen der Weltnaturschutzunion ist europaweit fast jede zehnte Wildbienenart vom Aussterben bedroht, weitere 5,2 % gelten als gefährdet.

Das Problem: während die Imker/innen bei der Honigbiene Bestandsrückgänge immer wieder mühevoll ausgleichen, schlägt das Risiko bei Hummeln und Wildbienen direkt durch.

Das europaweite Verbot der Neonics scheint immer realistischer, da die aktuelle Bewertung durch die Efsa, die noch nicht öffentlich ist, laut ersten Vorinformationen kritisch für die Neonics ausgefallen sein soll. Auch hier soll die Entscheidung im Herbst kommen.

LR Anschober: *„Und auch hier braucht es eine klare Initiative der österreichischen Bundesregierung allen voran des Umweltministers für ein Verbot.“*